

Länder behandeln. Den Herausgebern ist dieses Kunststück dennoch weitgehend gelungen. Ein Einfallstor für unterschiedliche Schwerpunktsetzungen ist in dem Band lediglich der „Historische Überblick“.

Die Informationen in den Übersichtsbeiträgen wie auch in den Länderbeiträgen sind höchst zuverlässig, und so gut wie nie finden sich Fehler oder Widersprüche. In aller Regel geht es dabei zudem um Punkte abseits des Hauptthemas. So überzeugt die Klassifikation der deutschen Parteien durch Ralf Lindner und Rainer-Olaf Schulze (739) nicht. Bei der Kategorisierung von „Grünen“ und „Bündnis 90/Grüne“ unter die demokratisch-liberalen Parteien äußern die Autoren bereits selbst Zweifel. Nicht weniger problematisch ist es aber, wenn die CDU/CSU im Kern als Teil der Parteienfamilie des „Politischen Katholizismus“ (also nicht der Christdemokratie!) eingeordnet wird oder die FDP von 1945-1989 als demokratisch-liberal und anschließend als national-liberal etikettiert wird. Nicht recht nachvollziehbar erscheint es auch, Parteien wie die NSDAP und die gegenwärtige NPD mit dem Zusatz „right“ unter die große und grobe Rubrik „conservatism“ zu fassen. Wenn derart viele Informationen aufbereitet werden wie in diesem Buch, gibt es allerdings fast zwangsläufig solche kleineren Ungenauigkeiten. Und trotz der erschlagenden Datenmenge gibt es selbstverständlich auch das eine oder andere, was man trotz der Vielzahl der Informationen in dem Band vermisst. Ein Gewinn wäre es etwa gewesen, wenn in den Beiträgen systematisch darauf eingegangen worden wäre, ob die Wahlen jeweils frei und fair waren. Die fehlende Diskussion dieses Aspekts macht sich dabei vor

allem im Falle des Länderbeitrags zu Russland (von Stephen White) negativ bemerkbar.

Das Fazit ist insgesamt überschwänglich: „Elections in Europe“ ist ein Standardwerk, das im Bücherregal eines jeden vergleichenden Politikwissenschaftlers weltweit stehen sollte. Hervorragend wäre es für die Zukunft, wenn dieses beeindruckende Überblickswerk zusammen mit den anderen drei Bänden online gestellt würde. Dieser Verbreitungsweg würde die stetige Ergänzung der neusten Wahlergebnisse ermöglichen und damit dem Prozess des Veraltens wirksam Einhalt gebieten.

Steffen Kailitz

Schneider, Steffen, Achim Hurrelmann, Zuzana Krell-Laluhova, Frank Nullmeier und Achim Wiesner. *Democracy's Deep Roots. Why the Nation State Remains Legitimate*. Hounds mills, Basingstoke. Palgrave 2010. 253 Seiten. 65,90 €.

Befinden sich die westlichen Nationalstaaten in einer Legitimitätskrise? Oder erleben wir eine Transformation von demokratischen zu nicht-demokratischen Formen der Legitimierung politischer Herrschaft? Beide Diagnosen hatten seit den 1990er Jahren Hochkonjunktur, und für beide Diagnosen liefert der vorliegende Band des Autorenteams vom Bremer Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“ wenig empirische Unterstützung. Das vorliegende Buch ist in mehrerer Hinsicht sehr innovativ: Erstens werden die in empirischen Studien vorherrschenden Zugangsweisen zur Erfassung der empirischen Legitimität von politischen Systemen – die Erfassung von individuellen Einstellungen durch Survey-Studien und die Analyse

von politischem Verhalten (z. B. Wahlverhalten oder Protesten) – durch eine den aktuellen Demokratietheorien besonders angemessene Zugangsweise ergänzt: Die Autoren analysieren die öffentliche Kommunikation zur Legitimität nationaler Politik (in der Qualitätspresse in Deutschland, den USA, der Schweiz und Großbritannien) mit dem Instrumentarium der Textanalyse. Zweitens überwinden die Autoren eine wichtige Frontstellung in der deutschen demokratietheoretischen Diskussion aus den letzten Jahren. Während Fritz Scharpf argumentierte, dass es sowohl auf der Input- als auch Output-Seite des politischen Prozesses Möglichkeiten zur demokratischen Legitimierung politischer Herrschaft gibt, wurden Output-orientierte Legitimierungsvorstellungen von vielen Demokratietheoretikern generell als nicht-demokratisch eingestuft. Die Bremer Politikwissenschaftlerin und Politikwissenschaftler überwinden diese einfachen Zuordnungen und entwickeln stattdessen eine Typologie, in der sowohl demokratische wie auch undemokratische Formen der Input-Legitimation (z.B. Partizipation versus Expertise) und demokratische wie auch undemokratische Formen der Output-Legitimation (z.B. Menschenrechte versus Effizienz) enthalten sind. Dies ist konzeptionell ein bedeutender Fortschritt – auch wenn er dem Rezessenten nicht weit genug geht, wie unten noch weiter auszuführen sein wird. Zuerst sollen aber noch einige bemerkenswerte Ergebnisse der Studie aufgeführt werden. So finden die Autoren in den Diskursen der Qualitätspresse wenig Anhaltspunkte für die These, dass Internationalisierung und Deparlamentarisierung zu einer Legitimitätskrise der demokratischen Nationalstaaten

führen. Vor allem die demokratischen Grundprinzipien und die zentralen politischen Institutionen in den vier Nationalstaaten werden nach wie vor als legitim und legitimierungsfähig betrachtet. Auch ist kaum etwas vom befürchteten Übergang von demokratischen zu nicht-demokratischen Legitimierungsmustern zu erkennen. Statt des teilweise diagnostizierten Siegeszugs von Effizienzkriterien als Legitimitätsgrundlage für politische Systeme finden die Autoren primär einen zunehmenden Bezug auf die Menschenrechte in den nationalen Legitimitätsdiskursen. Als Teil einer Erklärung dieser Ergebnisse wird in einem eigenen Kapitel den diskursiven Strategien der „Relegitimierung“ nachgegangen. Die Bremer Politikwissenschaftler zeigen verschiedene Strategien auf, wie Kritik an der demokratischen Qualität bzw. Leistungsfähigkeit von bestimmten Elementen des politischen Systems oft mit Gegenargumenten verbunden wird, welche die demokratische Legitimität des Gesamtsystems wieder unterstützen. Dabei können sie auch interessante unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in den untersuchten Ländern feststellen.

Das vorliegende Buch liefert in überzeugender Weise Belege dafür, dass von einer Legitimitätskrise der westlichen Demokratien im öffentlichen Diskurs nicht die Rede sein kann – zumindest nicht in einem empirischen Sinne. Das Vorgehen ist im Kapitel 2 ausführlich beschrieben und wird in einem methodischen Appendix transparent dokumentiert.

Zu kritisieren ist allenfalls die Tatsache, dass das demokratietheoretische Fundament, auf dem die empirische Arbeit basiert, nicht besonders tief verwurzelt ist. Die oben bereits angespro-

chene Typologie und vor allem die Unterscheidung zwischen demokratischen und undemokratischen Legitimierungsmustern werden ohne nennenswerte Bezüge zu normativen Demokratietheorien entwickelt (im Gegensatz zu einer guten Darstellung der Geschichte des Begriffs Legitimität). Dementsprechend defizitär erscheint die Liste und dementsprechend willkürlich erscheinen auch manche Zuordnungen. Besonders befremdlich ist das Fehlen des Kriteriums „Inklusion“. Nicht nur in der Entwicklungsgeschichte der Demokratie ist die Frage, wer dazugehören bzw. mitbestimmen muss, absolut fundamental. Auch in den gegenwärtigen theoretischen und praktischen Auseinandersetzungen zur Zukunft der Demokratie(-vorstellungen) in einer sich transnationalisierenden Welt ist die Frage der Inklusion bzw. der Kongruenz zwischen Herrschaftsunterworfenen/-betroffenen und Herrschaftskontrollierenden/-mitgestaltenden so zentral, dass es aus Sicht des Rezessenten angemessen ist, „in/out“ als eigenständige weitere Dimension demokratischer Legitimierung den Input- und Output-Dimensionen zur Seite zu stellen. Durchaus gängig, aber wenig überzeugend ist die Zuordnung der Kriterien „Effektivität/Effizienz“ zu den nicht-demokratischen Output-Kriterien. Begründet wird dies mit dem Argument, dass effektives politisches Handeln auch durch Diktaturen erreicht werden könnte. Das ist schon deswegen nicht überzeugend, weil das auch für andere Kriterien gilt (z. B. Reversibilität), die von den Autoren als demokratisch eingestuft werden. Zu den logischen Voraussetzungen demokratischer Selbstbestimmung gehört nicht nur die demokratische Willensbildung, sondern auch die Fähigkeit des politi-

schen Systems zur Umsetzung der demokratisch getroffenen Entscheidungen. Effektivität und Effizienz sind wiederum Eigenschaften des politischen Systems, die zu dieser Fähigkeit beitragen und sie sind damit notwendige (aber alleine nicht hinreichende) Voraussetzungen für die Legitimation demokratischer Herrschaft.

Joachim Blatter

Weiffen, Brigitte. *Entstehungsbedingungen von Demokratien. Interne und externe Einflüsse im Vergleich*. Baden-Baden. Nomos 2009. 297 Seiten. 49 €.

Von welchen Bedingungen hängen das Entstehen und der Bestand demokratischer Herrschaftsformen ab? Der globale Vormarsch der Demokratie seit den siebziger Jahren hat die theoretische und empirische Beschäftigung mit dieser Frage zu einem der am stärksten prosperierenden Arbeitsgebiete der Vergleichenden Politikwissenschaft gemacht. In der Transformations- bzw. Demokratisierungsforschung konkurrieren im Wesentlichen zwei Erklärungsansätze miteinander. Die strukturelle Perspektive betrachtet vor allem ökonomische und gesellschaftlich-kulturelle Faktoren als ausschlaggebend für das Gelingen oder Mislingen der Demokratie. In dieser Tradition stehen die klassischen Arbeiten der sogenannten Modernisierungstheorie. Die strategische Perspektive richtet ihr Augenmerk dagegen auf das planvolle Handeln politischer Akteure, das für die Erfolgsaussichten der Transition im Regimeübergang von der Autokratie zur Demokratie zentrale Bedeutung gewinne. Beiden Erklärungsansätzen ist gemeinsam, dass sie sich auf die innerstaatlichen und -gesellschaftlichen